

„Politik ist Kampf, nicht Herumsitzen“

Warum Peter Gauweiler (CSU) nicht aufgibt

DIE WELT: Herr Gauweiler, der Zug rollt. ESM und Fiskalpakt sind vom Verfassungsgericht nicht gestoppt worden, der Bundespräsident hat unterschrieben. Fühlen Sie sich als Kläger schon totgeschleift?

Peter Gauweiler: Quatsch. Mir geht's ganz gut. Aber in der Tat: Ein Zug, den man nicht aufhalten kann, ist ein Unglückszug.

Also steuern wir ins Unglück?

Es ist ja immer viel die Rede von den „Märkten“, auf die alle schauen und auf die wir angeblich auch immer schauen müssen: Einen Tag nach der Verkündung des Urteils des Verfassungsgerichts sind die Zinsen, die der deutsche Staat für Bundesanleihen zahlen muss, schon gestiegen. Die von Italien sind gesunken. Auch das zahlen die deutschen Steuerzahler. Aus der Sicht der „Märkte“ hat sich der Status Deutschlands schon verschlechtert.

Ein Euro-Bonds-Effekt ohne Bonds? Ja, das ist die Schuldenunion.

Also sind Sie doch etwas frustriert?

Das Urteil enthält sehr gute und wichtige Feststellungen. Das Gericht hat die Ratifikation des ESM als einen völkerrechtlichen Vertrag davon abhängig gemacht, dass der Bundespräsident Vorbehalte erklärt. Das hat es noch nie gegeben. Aber mich erstaunt es schon, dass EZB-Chef Mario Draghi in einem Interview nun vollkommen ungeniert erklärt, dass das Bundesverfassungsgericht mit seinen Feststellungen zum Ankauf von Staatsanleihen Unrecht habe und er sich nicht daran halten werde. Das Gericht hatte entschieden, dass der Europäischen Zentralbank ein Ankauf von Staatsanleihen auch am Sekundär-Markt als Umgehung des Verbots monetärer Haushaltsfinanzierung nicht gestattet ist.

Wer hat jetzt recht?

Recht haben bekanntlich immer alle. Hier geht es darum, ob sich auch die EZB an Regeln halten muss oder nicht. Damit steht nicht nur unser Volksvermögen, sondern auch der Wert unserer Rechtsordnung auf dem Spiel. Auf Grund der Feststellung des Bundesverfassungsgerichts kann sich jedenfalls die deutsche Regierung nicht mehr darauf beziehen, dass sich die EZB innerhalb des geltenden Unions-Rechts bewegt. Nimmt die Regierung die von ihr selbst unterschriebenen Verträge von Maastricht und Lissabon noch ernst, muss sie gerade in Anbetracht der Äußerungen Draghis nach dem Urteil des Verfassungsgerichts die EZB vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen.

Erwarten Sie, dass das geschieht?

Ich bin überzeugt, dass die Regierung nicht einmal daran denkt, das zu tun. Angela Merkel und Wolfgang Schäuble verlassen sich darauf, dass das Volk ruhig ist und die Kanzlerin Sympathie genießt. Die Deutschen sagen: Immerhin haben wir keinen peinlichen Regierungschef wie andere Länder. Aber wenn man nicht Augen und Ohren verschließt, erfährt man eine ständig wachsende Sorge bei den Bürgern. Man spürt ein Beben.

Draghi sagt, die Lage sei im Griff.

Alles, was Mario Draghi bisher als EZB-Präsident unternommen hat, erwies sich bei den viel zitierten Märkten nach kleinen Anfängerfolgen immer als vollkommen wirkungslos.

Würden Sie gegen die EZB vor den Europäischen Gerichtshof ziehen?

Ich kann es nicht. Klagen können nur Regierungen. Aber selbst wenn keine Regierung klagt, sollte sich die EZB noch lange nicht sicher fühlen. Die deutsche Rechtsprechung ist bekanntlich von Überraschungen nicht frei. Wenn sich die EZB fortwährend nicht an die Verträge hält und selbst aus dem europäischen Recht „ausbricht“, dann sind solche europäischen Rechtsakte für den Geltungsbereich des Grundgesetzes nicht mehr verbindlich.

Erwarten Sie, dass das Verfassungsgericht in der Konsequenz den EuGH anruft?

Es wird darüber spekuliert, dass dies im Hauptsacheverfahren geschieht.

Setzen Sie noch Erwartungen in das Hauptsacheverfahren?

Es wird zu viel Zeit verstreichen. Wir stehen vor einem dramatischen Verfall des deutschen Sparer- und Einlagevermögens. Da wird wahnsinnig viel Geld vernichtet. So viel wie noch nie seit den Weltkriegen.

Was würden Sie mit Ihren Einlagen anfangen?

(lacht) Sind sie wahnsinnig? Keine Vermögenstipps von Politikern in der Öffentlichkeit!

Horst Seehofer kündigte nach Ihrer Niederlage bei der Kandidatur um den Vize-Vorsitz der CSU an, für Sie eine stärkere Rolle zu finden.

Meine Rolle ist stark genug.

Ein Vorwurf, der auch aus der CSU gegen Sie erhoben wird, ist, dass Sie sich an den Gremiensitzungen kaum beteiligen und Ihre Meinung über Gerichte durchzusetzen suchen.

Müsste ein Streiter fürs Parlament nicht häufiger anwesend sein?

Was ist Politik? Politik ist Problemlösen, Richtungsbestimmung, auch Kampf. Politik ist nicht, nutzlos herumzusitzen

Planen Sie weitere Klagen?

Ich mache, was im Moment gerade geboten ist.

Was ist Ihr Rezept gegen die Krise?

Es gibt einen altmodischen Spruch, der lautet: Pacta sunt servanda. Ich halte es mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts: Europa ist entweder rechtstaatlich verfasst oder es hat keinen Wert.

Und derzeit hat es keinen Wert?

Wir bewegen uns bei den supranationalen Organisationen in Richtung immer rechtloserer Zustände. Und wir werden von unseren Grundrechten abgeschnitten. Die Reaktion Draghis auf das Urteil des höchsten deutschen Gerichts bestätigt dies.



ZUR PERSON

Peter Gauweiler (63) gilt als prominentester Euro-Skeptiker. Beim Volk ist der CSU-Mann sehr beliebt. Sein Wahlkreis München-Süd hat ihn bereits für die Bundestagswahl 2013 nominiert.

Das Gespräch führte Thomas Vitzthum